

# CDU

**Fraktionsgeschäftsstelle:**

Bahnstraße 31  
45468 Mülheim an der Ruhr  
Telefon: 0208 / 45 95 40  
Telefax: 0208 / 45 95 419  
E-Mail:  
cdu-fraktion-muelheim@t-online.de

- Fraktion im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**  
 **Fraktion in der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3**

## Antrag

**Nr.: A 14/0465-01**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung

**öffentlich****Datum:** 13.06.2014**Postversand:****Empfänger:**

- Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld  
 Frau / Herrn Vorsitzende/n Name des Ausschusses  
 Frau / Herrn Bezirksbürgermeister/in Name der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3  
 nachrichtlich Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld

**Beratungsfolge:****Status:** \* **Datum:** **Gremium:**

Ö 26.06.2014 Hauptausschuss

\* **Beratungsstatus des jeweiligen Gremiums:** Ö = öffentliche Beratung / N = nichtöffentliche Beratung**Antrag zum TOP: "Städtische Mitgliedsbeiträge" (Vorlage 14/0219-01)****Antrag der CDU-Fraktion vom 16.06.2014/27.03.2014****Beschlussvorschlag:**

1. Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, für die schnellstmögliche Beendigung der Mehrfachmitgliedschaften der Stadt und der städtischen Beteiligungsgesellschaften zu sorgen.
2. Die von den verschiedenen Verwaltungseinheiten betreuten freiwilligen Einzelmitgliedschaften der Stadt und der städtischen Beteiligungsgesellschaften werden auf die Übernahme durch Dritte in Form von Beitragsspenden hin überprüft, und es wird über das Ergebnis dieser Bemühungen zeitnah im Hauptausschuss berichtet.
3. Städtische Mitgliedschaften in Mülheimer Vereinen, Vereinigungen und Initiativen, die zugleich städtische Zuschussempfänger sind, sollen ebenfalls beendet werden.
4. Die Berichterstattung über die städtischen Mitgliedsbeiträge ist zukünftig Bestandteil des jährlichen Subventionsberichtes der Stadt.

**Begründung:**

In der Ratssitzung am 19.12.2013 ist mit großer Mehrheit ein weiterer Haushaltsbegleitbeschluss gefasst worden, in dem u.a. ein Prüfauftrag mit dem Ziel der Reduzierung der freiwilligen städtischen Mitgliedsbeiträge enthalten ist. Das jetzt dem Hauptausschuss vorgelegte Prüfergebnis veranlasst die CDU-Fraktion festzuhalten:

- a. Nach wie vor bestehen unnötige freiwillige Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften der Stadt und mehrerer städtischer Beteiligungsgesellschaften, also des Konzerns Stadt, in denselben Vereinen, Vereinigungen und Initiativen. Ziel sparsamer Haushaltsführung muss es jedoch sein, dies allenfalls auf eine einzige Mitgliedschaft zu begrenzen.
- b. Es ist nicht einzusehen, dass städtische Verwaltungseinheiten an Mitgliedschaften festhalten, die keinen regionalen Bezug zu Mülheim an der Ruhr haben (z.B. Kölnischer Geschichtsverein, Histor. Verein für den Niederrhein, Histor. Verein für Stadt u. Stift Essen) und allenfalls zur Informationsbeschaffung dienlich sind. Dies könnte alternativ entweder durch eine persönliche Einzelmitgliedschaft eines interessierten städtischen Mitarbeiters oder durch eine zweckgebundene Beitragsspende von privater Seite kostenneutral für die Stadt gelöst werden. Dass dies möglich ist, zeigt das positive Beispiel mit den Mitgliedschaften der Stadt im Bundesverband deutscher Stiftungen und im Stifterverband für die deutsche Wissenschaft.
- c. Nach wie vor gibt es Doppelförderungen von Mülheimer Vereinen, Vereinigungen und Initiativen über eine Mitgliedschaft mit Beitragszahlung bei gleichzeitiger Bezuschussung. Um aus grundsätzlichen Erwägungen keine Interessenkollisionen zu riskieren und gleichzeitig den Gleichbehandlungsgrundsatz bei allen Mülheimer Vereinen, Vereinigungen und Initiativen zu beachten, ist die Entscheidung für das Fortbestehen der Bezuschussung und gegen eine weitere Mitgliedschaft zu treffen.
- d. Städtische Mitgliedsbeiträge sind ein Teil der jährlich gezahlten Subventionen. Deshalb ist es unter dem Transparenzaspekt sinnvoll, zukünftig die Beitragszahlungen als Teil des jährlichen Subventionsberichtes zu behandeln.

Zusammenfassend vertritt die CDU-Fraktion die Auffassung, dass angesichts der finanziellen Notlage der Stadt bei den freiwilligen Mitgliedsbeiträgen der Stadt und den städtischen Beteiligungsgesellschaften - jährlich insgesamt in Höhe von ca. 337.000 € - durchaus auch unter Berücksichtigung der oben genannten Grundsätze Einsparpotenziale zu erreichen sind.

*Wolfgang Michels*  
Fraktionsvorsitzender